

99815-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung – Technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die S-Bahn Stuttgart

OJ S 29/2026 11/02/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Verband Region Stuttgart, Körperschaft des öffentlichen Rechts

E-Mail: brugger@region-stuttgart.org

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die S-Bahn Stuttgart

Beschreibung: Der Verband Region Stuttgart ("VRS") plant als Aufgabenträger des SPNV die Neuvergabe der Verkehrsdienstleistungen auf den Linien der S-Bahn Stuttgart und ausgewählten Nebenbahnen. Einen Teil der Fahrzeugflotte wird der VRS bereitstellen. Hierfür wird er vom derzeitigen Betreiber der S-Bahn Stuttgart voraussichtlich 56 Fahrzeuge vom Typ ET 430 erwerben. Da diese Fahrzeuge für die Erbringung der notwendigen Verkehrsleistungen nicht ausreichen werden, initiiert der VRS derzeit zur unterbrechungsfreien Sicherstellung der Fahrzeugverfügbarkeit einen Fahrzeugbeschaffungsprozess. Nach aktuellem Stand steht noch nicht fest, ob der VRS darüber hinaus vom Eisenbahnverkehrsunternehmen ("EVU") bereitgestellte Gebrauchtfahrzeuge zulassen wird. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung steht außerdem das Fahrzeugfinanzierungsmodell für die Neufahrzeuge noch nicht fest. Der VRS erwägt sowohl das sogenannte VRS-Eigentumsmodell als auch das sogenannte VRS-Lebenszyklusmodell. Nach dem VRS-Eigentumsmodell beschafft der VRS vom EVU die für die Verkehrsleistungen erforderlichen Fahrzeuge und verpachtet diese für die Dauer des Verkehrsvertrages an das EVU zurück. Der VRS erwirbt die Fahrzeuge nicht unmittelbar vom Hersteller. Vielmehr erwirbt das EVU die Fahrzeuge vom Hersteller und übereignet diese anschließend an den VRS. Die Fahrzeugbeschaffung ist bei diesem Modell in die Ausschreibung der Verkehrsleistungen integriert. Da das EVU die Fahrzeuge beim Hersteller beschafft, ist der VRS nicht verpflichtet, den Bau der Fahrzeuge unmittelbar zu begleiten. Die Rolle des VRS beschränkt sich auf eine überwachende Rolle des EVU. Nach dem VRS-Lebenszyklusmodell beschafft der VRS die Fahrzeuge - anders als im VRS-Eigentumsmodell - unmittelbar vom Hersteller. Hierzu würde der VRS eine gesonderte Ausschreibung durchführen, die neben der Beschaffung der Fahrzeuge auch die langfristige Sicherstellung der Verfügbarkeit der Fahrzeuge während des Betriebs zum Gegenstand hat. Das EVU ist also nicht direkt in die Fahrzeugbeschaffung eingebunden. Vielmehr ist der VRS dafür verantwortlich, den Hersteller auszuwählen und die Fahrzeugbeschaffung abzuwickeln. Der VRS muss im VRS-Lebenszyklusmodell die Fahrzeugbeschaffung (inklusive Fahrzeugbau), Abnahme und Instandhaltung der Fahrzeuge technisch fachgerecht begleiten. Der VRS würde die Fahrzeuge anschließend für die Dauer

des Verkehrsvertrages dem EVU in einem funktionsfähigen Zustand zur Verfügung stellen. Gegenstand der Ausschreibung sind technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen zur Vorbereitung und Begleitung der Beschaffung neuer Schienenfahrzeuge für das S-Bahn-Netz der Region Stuttgart entweder im VRS-Eigentumsmodell oder im VRS-Lebenszyklusmodell. Die Leistungen des hier ausgeschriebenen technischen Beraters umfassen insbesondere die Prüfung, Ergänzung (ggf. durch weitere Anlagen) und vergabereife Aufbereitung bereits vorliegender technischer Lastenheftentwürfe für unterschiedliche Fahrzeugtypen, einschließlich der Erarbeitung technischer Spezifikationen zur Angleichung bestehender Gebrauchtfahrzeuge an Neufahrzeuge. Ziel ist es, in beiden Fahrzeugkategorien (Neu- und Bestandsfahrzeuge) ein möglichst einheitliches und vergleichbares Kundenerlebnis herzustellen. Zudem wird der technische Berater insbesondere die notwendigen technischen Dokumente zur Verkehrsausschreibung, u.a. zum Verkehrsvertrag sowie zu den Verträgen des VRS-Eigentumsmodells oder VRS-Lebenszyklusmodells, erstellen. Im Auftrag des VRS wird bereits ein erster Entwurf für ein Fahrzeuglastenheft erarbeitet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich dieses Unternehmen an dem Vergabeverfahren beteiligt. Der Auftraggeber wird alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich und angemessen sind, um einen Informations- und Wissensvorsprung des Unternehmens zu vermeiden. Aufgabe des ausgewählten Beraters ist es zudem, den Auftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Fahrzeug- und Betriebsausschreibungen in allen technischen Fragen zu unterstützen. Für den Auftraggeber sind die Erfahrungen des Beraters mit Eigentums- und Lebenszyklusmodellen und Berechnungen der Energieverbräuche von Schienenpersonennahverkehrszügen von herausragender Bedeutung. Parallel zu der hier vorliegenden Vergabe wählt der VRS ein Unternehmen aus, das die Anforderungen an die neuen Fahrzeuge im Hinblick auf das Design und die Funktionalität aus Fahrgastsicht erarbeitet. Der VRS plant, bis Ende Juni 2026 alle notwendigen Unterlagen für die Ausschreibung des Verkehrsvertrages zu finalisieren. Für die Fahrzeugbeschaffung sind nach aktuellem Stand folgende Meilensteine vorgesehen: - Ab Sommer 2026: Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbs und Aufnahme der Verhandlungen - Januar 2027: Abgabe indikativer und zuschlagsfähiger Angebote - Frühjahr 2027: Weitere Verhandlungsrunden - 2. Halbjahr 2027: Zuschlagserteilung Der VRS behält sich vor, optional auch technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Baubegleitungs- und die Instandhaltungsphase der Fahrzeuge zu beauftragen.

Kennung des Verfahrens: 25252b42-2cd0-4478-b8e8-b9f7e63c3926

Interne Kennung: VRS - Technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: ja

Begründung des beschleunigten Verfahrens: Der VRS führt ein beschleunigtes Verfahren nach § 17 Abs. 3 VgV durch. Der Projektzeitplan des Projektes ist sehr eng. Die für das Projekt vorgesehene Zeitschiene kann nur eingehalten werden, wenn der Auftragnehmer frühzeitig beauftragt wird. Eine Verzögerung der Auftragsvergabe kann der VRS nur durch eine Verkürzung der Teilnahmefrist ausgleichen, da andernfalls der Projekterfolg gefährdet ist.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60210000 Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71311230 Dienstleistungen im Eisenbahnbau

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Stuttgart

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXP4YVCMBE0# Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Fahrzeughersteller und EVU dürfen sich nicht auf die hier ausgeschriebenen technischen Beratungs- und Unterstützungsleistungen bewerben. Der Auftraggeber wird zur Auswahl der Bewerber bzw. Bewerbungsgemeinschaften in drei Stufen vorgehen: 1) Formelle Prüfung des Teilnahmeantrages, 2) Überprüfung der Eignung des Bewerbers bzw. der Bewerbungsgemeinschaft anhand der in der Bekanntmachung genannten Eignungsanforderungen, 3) Auswahl der Bewerber, die die Eignungskriterien am besten erfüllen: Der Auftraggeber wird zur Abgabe eines Angebotes die Bewerber bzw. Bewerbungsgemeinschaften auffordern, die die Eignungsanforderungen am besten erfüllen (Ranking). Er behält sich vor, nur die drei besten Bewerber aufzufordern, auch wenn mehr Bewerber die Eignungsanforderungen erfüllen. Bei der Ermittlung des Rankings wird der Auftraggeber insbesondere die von den Bewerbern genannten Referenzen und deren Vergleichbarkeit mit dem vorliegenden Beschaffungsvorhaben berücksichtigen. Maßgeblich sind die unter Ziffer 5.1.9 genannten Angaben und Nachweise. Die Bewertung erfolgt in einem relativen Vergleich der Bewerber miteinander. Hierbei handelt es sich um Auswahl-, nicht um Zuschlagskriterien. Die Teilnahmefrist ist aus Dringlichkeitsgründen verkürzt. Bewerber werden gebeten, Rückfragen zum Teilnahmeantrag ausschließlich über die in Ziffer 5.1.11 genannte Website einzureichen. Der Auftraggeber wird alle Fragen und Antworten auf der in Ziffer 5.1.11 genannten Website anonymisiert zur Verfügung stellen. Bewerbungen für Teilleistungen sind nicht möglich. Fragen können bis sieben Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist gestellt werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:

Zahlungsunfähigkeit:

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher
Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die S-Bahn Stuttgart
Beschreibung: Der Verband Region Stuttgart ("VRS") plant als Aufgabenträger des SPNV die Neuvergabe der Verkehrsdienstleistungen auf den Linien der S-Bahn Stuttgart und ausgewählten Nebenbahnen. Einen Teil der Fahrzeugflotte wird der VRS bereitstellen. Hierfür wird er vom derzeitigen Betreiber der S-Bahn Stuttgart voraussichtlich 56 Fahrzeuge vom Typ ET 430 erwerben. Da diese Fahrzeuge für die Erbringung der notwendigen Verkehrsleistungen nicht ausreichen werden, initiiert der VRS derzeit zur unterbrechungsfreien Sicherstellung der Fahrzeugverfügbarkeit einen Fahrzeugbeschaffungsprozess. Nach aktuellem Stand steht noch nicht fest, ob der VRS darüber hinaus vom Eisenbahnverkehrsunternehmen ("EVU") bereitgestellte Gebrauchtfahrzeuge zulassen wird. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung steht außerdem das Fahrzeugfinanzierungsmodell für die Neufahrzeuge noch nicht fest. Der VRS erwägt sowohl das sogenannte VRS-Eigentumsmodell als auch das sogenannte VRS-Lebenszyklusmodell. Nach dem VRS-Eigentumsmodell beschafft der VRS vom EVU die für die Verkehrsleistungen erforderlichen Fahrzeuge und verpachtet diese für die Dauer des Verkehrsvertrages an das EVU zurück. Der VRS erwirbt die Fahrzeuge nicht unmittelbar vom Hersteller. Vielmehr erwirbt das EVU die Fahrzeuge vom Hersteller und übereignet diese anschließend an den VRS. Die Fahrzeugbeschaffung ist bei diesem Modell in die Ausschreibung der Verkehrsleistungen integriert. Da das EVU die Fahrzeuge beim Hersteller beschafft, ist der VRS nicht verpflichtet, den Bau der Fahrzeuge unmittelbar zu begleiten. Die Rolle des VRS beschränkt sich auf eine überwachende Rolle des EVU. Nach dem VRS-Lebenszyklusmodell beschafft der VRS die Fahrzeuge - anders als im VRS-Eigentumsmodell - unmittelbar vom Hersteller. Hierzu würde der VRS eine gesonderte Ausschreibung durchführen, die neben der Beschaffung der Fahrzeuge auch die langfristige Sicherstellung der Verfügbarkeit der Fahrzeuge während des Betriebs zum Gegenstand hat. Das EVU ist also nicht direkt in die Fahrzeugbeschaffung eingebunden. Vielmehr ist der VRS dafür verantwortlich, den Hersteller auszuwählen und die Fahrzeugbeschaffung abzuwickeln. Der VRS muss im VRS-Lebenszyklusmodell die Fahrzeugbeschaffung (inklusive Fahrzeugbau), Abnahme und Instandhaltung der Fahrzeuge technisch fachgerecht begleiten. Der VRS würde die Fahrzeuge anschließend für die Dauer des Verkehrsvertrages dem EVU in einem funktionsfähigen Zustand zur Verfügung stellen. Gegenstand der Ausschreibung sind technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen zur Vorbereitung und Begleitung der Beschaffung neuer Schienenfahrzeuge für das S-Bahn-Netz der Region Stuttgart entweder im VRS-Eigentumsmodell oder im VRS-Lebenszyklusmodell. Die Leistungen des hier ausgeschriebenen technischen Beraters umfassen insbesondere die Prüfung, Ergänzung (ggf. durch weitere Anlagen) und vergabereife Aufbereitung bereits vorliegender technischer Lastenheftentwürfe für unterschiedliche Fahrzeugtypen, einschließlich der Erarbeitung technischer Spezifikationen zur Angleichung bestehender Gebrauchtfahrzeuge an Neufahrzeuge. Ziel ist es, in beiden Fahrzeugkategorien (Neu- und Bestandsfahrzeuge) ein möglichst einheitliches und vergleichbares Kundenerlebnis herzustellen. Zudem wird der technische Berater insbesondere die notwendigen technischen Dokumente zur Verkehrsausschreibung, u.a. zum Verkehrsvertrag sowie zu den Verträgen

des VRS-Eigentumsmodells oder VRS-Lebenszyklusmodells, erstellen. Im Auftrag des VRS wird bereits ein erster Entwurf für ein Fahrzeuglastenheft erarbeitet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich dieses Unternehmen an dem Vergabeverfahren beteiligt. Der Auftraggeber wird alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich und angemessen sind, um einen Informations- und Wissensvorsprung des Unternehmens zu vermeiden. Aufgabe des ausgewählten Beraters ist es zudem, den Auftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Fahrzeug- und Betriebsausschreibungen in allen technischen Fragen zu unterstützen. Für den Auftraggeber sind die Erfahrungen des Beraters mit Eigentums- und Lebenszyklusmodellen und Berechnungen der Energieverbräuche von Schienenpersonennahverkehrszügen von herausragender Bedeutung. Parallel zu der hier vorliegenden Vergabe wählt der VRS ein Unternehmen aus, das die Anforderungen an die neuen Fahrzeuge im Hinblick auf das Design und die Funktionalität aus Fahrgastsicht erarbeitet. Der VRS plant, bis Ende Juni 2026 alle notwendigen Unterlagen für die Ausschreibung des Verkehrsvertrages zu finalisieren. Für die Fahrzeugbeschaffung sind nach aktuellem Stand folgende Meilensteine vorgesehen: - Ab Sommer 2026: Veröffentlichung des Teilnahmewettbewerbs und Aufnahme der Verhandlungen - Januar 2027: Abgabe indikativer und zuschlagsfähiger Angebote - Frühjahr 2027: Weitere Verhandlungsrunden - 2. Halbjahr 2027: Zuschlagserteilung Der VRS behält sich vor, optional auch technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Baubegleitungs- und die Instandhaltungsphase der Fahrzeuge zu beauftragen.

Interne Kennung: VRS - Technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 60210000 Öffentlicher Schienentransport/öffentliche Schienenbeförderung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung, 71311230 Dienstleistungen im Eisenbahnbau

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der VRS behält sich vor, optional auch technische Beratungs- und Unterstützungsleistungen für die Baubegleitungsphase und zur Vorbereitung der Instandhaltungsphase der Fahrzeuge zu beauftragen.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Stuttgart

Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 8 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: 1. Das Vergabeverfahren wird vollständig elektronisch über die unter Ziffer 5.1.12 genannte Vergabepattform abgewickelt. Sämtliche Kommunikation mit den Bietern verläuft ausschließlich über die Vergabepattform. 2. Ausreichend ist die Abgabe des

Teilnahmeantrages in Textform (§ 126b BGB) über das in Ziffer 5.1.12 genannte Vergabeportal. Zur Formwahrung muss die Teilnahmeerklärung die Firma des Bewerbers / des bevollmächtigten Bewerbergemeinschaftsmitglieds ausweisen. Eine Unterschrift oder Signatur ist nicht erforderlich. Mit dem Teilnahmeantrag ist für die Verfahrensdauer eine verantwortliche, deutschsprachige Ansprechperson nebst Kontaktdaten (Name, Anschrift, Tel., E-Mail) zu benennen. 3. Bei Bewerbergemeinschaften (BG) sollen alle Mitglieder der BG jeweils die unter 5.1.9 genannten Nachweise einreichen, soweit unter 5.1.9 nicht ausdrücklich abweichend vorgegeben. Die Bildung von BG ist bis zur Abgabe des Teilnahmeantrages möglich. Die Angaben zur Zusammensetzung der BG sind grundsätzlich bindend. Ein Austausch einzelner Mitglieder der BG vor Auftragsvergabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers. Die Abgabe von Angeboten durch BG ist nur bei gesamtschuldnerischer Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter möglich. Hierzu ist eine von allen Mitgliedern unterschriebene Vollmacht mittels einer Bewerbergemeinschaftserklärung vorzulegen. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, diese Angaben nachzufordern. Bei der Eignungsprüfung wird die BG als Ganzes beurteilt. 4. Für den Fall, dass ein Bewerber einzelne Unternehmen als Nachunternehmer einsetzen möchte, wird auf die Möglichkeit der Eignungsleihe und die in § 47 VgV genannten Voraussetzungen hingewiesen. Wenn und soweit sich der Bieter auf die Eignung des Nachunternehmers beruft, ist mit dem Teilnahmeantrag insbesondere eine Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers, dass dieser seine Ressourcen und Kapazitäten dem Bewerber im Auftragsfall zur Verfügung stellt, sowie die erforderlichen Referenzen und/oder Nachweise einzureichen. 5. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt das eigentliche Verhandlungsverfahren. Die Bieter werden je Los aufgefordert, auf Grundlage der Vergabeunterlagen ein erstes Angebot abzugeben. Vor Abgabe ihres ersten Angebots dürfen die Bieter Anmerkungen, Hinweise und Optimierungsvorschläge zu den Vergabeunterlagen einreichen. Wenn Anmerkungen, Hinweise oder Optimierungsvorschläge eingehen, wird der Auftraggeber mit den Bietern ggf. Erörterungs- und Verhandlungsgespräche führen. Nach den Erörterungsgesprächen passt der Auftraggeber ggf. die Vergabeunterlagen noch einmal an. Auf dieser Grundlage geben die Bieter dann ihr erstes Angebot ab. Das Angebot muss den Mindestanforderungen der Vergabeunterlagen entsprechen. Ein Angebot, das von den Anforderungen abweicht, kann der Auftraggeber ausschließen. 6. Das erste Angebot ist bereits verbindlich. Der Auftraggeber behält sich nach § 17 Abs. 11 VgV vor, den Zuschlag ohne Verhandlungen auf das erste Angebot zu erteilen. Sollte der Auftraggeber den Zuschlag nicht auf das erste Angebot erteilen, wird das Vergabeverfahren fortgeführt: Der Auftraggeber wird die ersten Angebote werten und mit den Bietern über diese verhandeln. Auf Grundlage der Ergebnisse der Verhandlungsgespräche wird der Auftraggeber die Vergabeunterlagen unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze ggfs. überarbeiten und präzisieren. Anschließend müssen die Bieter ihre letztverbindlichen Angebote abgeben. Der Auftraggeber behält sich vor, vor dem Aufruf zur Abgabe letztverbindlicher Angebote weitere Verhandlungsrunden durchzuführen. 7. Beabsichtigt ein Bieter bereits bei Angebotsabgabe, für wesentliche Hauptleistungen Drittunternehmen vorzusehen, so ist das Drittunternehmen im Angebot zu benennen und Art und Umfang der für den Dritten vorgesehenen Leistungen zu bezeichnen. Auf Verlangen des Auftraggebers sind für die Drittunternehmen die in der Bekanntmachung geforderten Nachweise, Erklärungen und Angaben einzureichen. Der Auftraggeber kann dieses Verlangen auf bestimmte Nachweise, Erklärungen und Angaben sowie auf einzelne Drittunternehmen beschränken. 8. Der Auftraggeber wird den Vorgaben in § 41 VgV dadurch nachkommen, dass er auf der unter Ziffer 5.1.12 genannten Website den derzeit vorhandenen Teil der Vergabeunterlagen zur Verfügung stellt. Da der Auftraggeber ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durchführt, erfüllt dies die Anforderungen des § 41 VgV. Ziel des Verhandlungsverfahrens ist es, die Anforderungen an die Leistung und den

Vertrag mit den Bietern gemeinsam zu konkretisieren. Zum jetzigen Zeitpunkt stehen deshalb noch nicht alle Unterlagen fest. 9. Die Bewerber nutzen für ihren Teilnahmeantrag möglichst die Vordrucke, die ihnen über die Vergabeplattform zur Verfügung gestellt werden.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Nachweise in deutscher Sprache vorlegen (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied): a) Eigenerklärung, aus der hervorgeht, dass keine Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB vorliegen bzw. erfolgreiche Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB durchgeführt worden sind. b) Eigenerklärung, in welcher der Bewerber bestätigt, nicht zu den in Art. 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 16 der Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen, zu gehören. c) Eigenerklärung über die Eintragung in ein Berufsregister (Handelsregister oder Handwerksrolle oder ein vergleichbares Register des Herkunftslandes).

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die Bewerber sollen möglichst die folgenden Nachweise in deutscher Sprache vorlegen (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied): a) Eigenerklärung, dass eine Betriebshaftpflichtversicherung / Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragslaufzeit besteht; die Deckungssumme beträgt mindestens das 1,5-fache des Auftragswerts. b) Eigenerklärung über die in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren erwirtschafteten Gesamtumsätze sowie über die in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren erwirtschafteten Umsätze mit Leistungen, die mit dem ausgeschriebenen Auftragsgegenstand vergleichbar sind.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Teilnahmeantrag sollen die Bewerber möglichst folgende Unterlagen vorlegen (bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied): Angabe von maximal 5 Referenzen aus den letzten drei Jahren, die mit dem Projekt und den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, möglichst unter Angabe des genauen Auftrags, der Auftragssumme, des Auftraggebers nebst Ansprechperson, der Leistungsart und der Leistungszeiträume sowie eine Erläuterung, warum die Referenzen aus Sicht des Bewerbers mit diesem Projekt und den hier abgefragten Leistungen (s. Ziffer 5.1) vergleichbar sind.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCMBE0/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YVCMBE0>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 06/03/2026 16:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Unterlagen gemäß § 56 VgV nachzufordern. Hierauf besteht kein Rechtsanspruch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Bedingungen für die Ausführung des Auftrags ergeben sich aus der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Das Verfahren für Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 160 ff. des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf die §§ 160 ff. GWB

verwiesen. Insbesondere weisen wir darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag gemäß § 160

Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des

Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Vergabeverstöße sind nach

§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB vor Einreichen des Nachprüfungsantrags innerhalb von 10

Kalendertagen, nachdem der Bieter den Verstoß erkannt hat, beim Auftraggeber zu rügen.

Vergabeverstöße, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind darüber hinaus

gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist nach

Ziffer 5.1.12 bei dem Auftraggeber zu rügen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Verband

Region Stuttgart, Körperschaft des öffentlichen Rechts

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Verband Region Stuttgart, Körperschaft des öffentlichen Rechts

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Verband Region Stuttgart, Körperschaft des öffentlichen Rechts
Registrierungsnummer: 00001057
Postanschrift: Kronenstraße 25
Stadt: Stuttgart
Postleitzahl: 70174
Land, Gliederung (NUTS): Stuttgart, Stadtkreis (DE111)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Steffen Brugger
E-Mail: brugger@region-stuttgart.org
Telefon: +49 711 22759-946

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg, Regierungspräsidium Karlsruhe
Registrierungsnummer: 08-A9866-40
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Stadt: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land, Gliederung (NUTS): Karlsruhe, Stadtkreis (DE122)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 721 926-8730
Fax: +49 721 926-3985

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5d9765b3-ef10-448f-b911-54ef7190959e - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/02/2026 16:59:11 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 99815-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 29/2026
Datum der Veröffentlichung: 11/02/2026